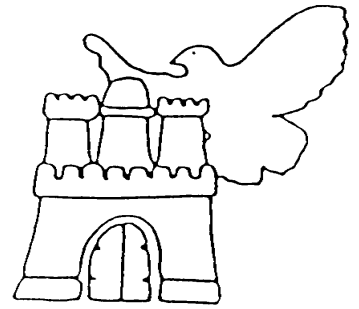


# HAMBURGER FORUM

## RUNDBRIEF NR. 02/15

[www.hamburgerforum.org](http://www.hamburgerforum.org)



7. März 2015

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

während von einigen europäischen Regierungen zaghaft versucht wird, den Krieg in der Ukraine zu beenden und die Konfrontation mit Russland nicht weiter zu eskalieren, gibt es weiter starke Kräfte, die auf militärische Konfrontation setzen. Waffenlieferungen würden die Konflikte weiter anheizen. Dies ist einer der Gründe, mit dem Ostermarsch gegen den deutschen, europäischen und US-amerikanischen Militarismus zu protestieren und laut und vernehmlich Nein zu sagen. Wohin Kriegspolitik führt, kann man derzeit auch am Kosovo erkennen (dazu haben wir euch am Ende des Rundbriefs eine GFP-Meldung abgedruckt).

### Ostermarsch ● 6. April, 12 Uhr ● Jungestraße 7, U/S-Bahn Berliner Tor

Das Ostermarschflugblatt mit den Unterschriften und allen weiteren Informationen ist Bestandteil dieses Rundbriefs. Wer Flugblätter oder Plakate braucht, kann diese im Magda-Thürey-Zentrum, Lindenallee 72, täglich von 17–20 Uhr, Tel.: 480 49 00, oder bei der Willi-Bredel-Gesellschaft, Im grünen Grunde (Bahnhof Ohlsdorf), dienstags 15–18 Uhr, Tel. 59 11 07, abholen oder sich mit uns in Verbindung setzen: Renate und Wolfgang Kirstein, Tel. 551 38 91.

Es ist erfreulich, dass wieder viele Menschen unseren Ostermarschaufruf unterzeichnet haben. Weniger erfreulich ist, dass es Debatten über eine angebliche Unterwanderung der Friedensbewegung von rechts und um eine sogenannte Querfront gab. Wer die Aktivitäten des letzten Jahres verfolgt hat, die von uns oder mit unserer Beteiligung in Hamburg durchgeführt wurden, konnte sich anhand der Aufrufe und der auf den Demonstrationen gehaltenen Reden davon überzeugen, dass von einer Öffnung nach rechts, von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit keine Rede sein kann. Unsere Aktivitäten waren und sind antimilitaristisch und antifaschistisch. Daher bedauern wir es sehr, dass einige Bündnispartnerinnen, die in den vergangenen Jahren die Ostermarschaufrufe unterzeichneten, dies in diesem Jahr nicht getan haben.

Wie kann die Furcht davor, dass andere Menschen oder Organisationen den Aufruf unterstützen, dazu führen, eine antimilitaristische und antifaschistische Aktion nicht zu unterstützen? Es ist doch gerade die Lehre aus dem erfolglosen Kampf gegen den Faschismus vor 1933, dass es darauf ankommt, angesichts der Gefahr gemeinsam zu handeln. Der Kommunist Ernst Thälmann warnte bei den Reichspräsidentenwahlen 1932, wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg. Diese Warnung war nur zu wahr. Aber es gelang der KPD und der SPD angesichts des gemeinsamen Gegners nicht, ihre Differenzen beiseite zu legen, bis es zu spät war. Bemühungen um eine Volksfront gegen den Faschismus scheiterten oder blieben erfolglos.

Wir sollten froh sein über jeden, der sich an unseren antimilitaristischen Aktionen beteiligt – auch wenn er oder sie Mitglied der Grünen, der SPD oder einer der anderen Parteien ist, die deutsche Soldaten in den Krieg schicken, oder sich an den Mahnwachen beteiligt. Auch wenn wir manches, was dort ansonsten vertreten wird, für inakzeptabel halten. Angesichts der gewachsenen internationalen Spannungen sollten wir uns weniger darum streiten, wer alles den Aufruf unterzeichnet oder nicht, sondern darüber, wie wir gemeinsam daran arbeiten können, antimilitaristischen und pazifistischen Protest zu organisieren.

Eine breitere Friedensbewegung bedeutet, dass das Spektrum der vertretenen Meinungen größer wird und das es größere Differenzen zwischen den einzelnen Beteiligten gibt. Das war auch in der Vergangenheit nicht anders. Andreas Buro hat die Friedensbewegung in den sechziger Jahren als einen kollektiven Lernprozess beschrieben. Das ist heute nicht anders. Eine Trennlinie ist erst dort zu ziehen, wo fremdenfeindliche oder neofa-



schistische Inhalte vertreten und damit die humanistische Grundlinie verlassen wird.

Zu der medialen Kampagne gegen die Friedensbewegung drucken wir unten den letzten Teil eines Artikels von Jens Wernicke ab. Dass die Medien uns nicht mögen oder totsichweigen, sind wir ja gewöhnt. Dass ähnliche Vorhaltungen auch aus den eigenen Reihen kommen, tut weh.



In eurem Kalender vormerken solltet ihr schon einmal den 9.5. Dann findet das Befreiungsfest anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung unseres Landes vom Faschismus statt, das von dem Bündnis für den 8. Mai vorbereitet wird, an dem wir beteiligt sind. Den Aufruf dazu findet ihr weiter unten. Wir sind auf dem Fest mit einem Infotisch vertreten. Außerdem machen wir am 7.5. eine Veranstaltung, auf der es um Bemühungen in den 1950er Jahren ging, die Wiederbewaffnung Deutschlands zu verhindern. Mit der Wiederbewaffnung 1955 wurde ein wesentliches Ergebnis der Befreiung wieder rückgängig gemacht. 2015 jährt sich auch die Gründung der Bundeswehr zum 60. Mal. Hinweise auf beide Veranstaltungen zum Tag der Befreiung haben wir auf der Rückseite des Ostermarschflugblatts platziert. Da wir dort die Uhrzeit vergessen haben, hier folgender Hinweis:

### **Der Kampf gegen die Remilitarisierung – Friedensbewegung in Hamburg 1950 bis 1955** 7. Mai 2015, 18 Uhr ● Curiohaus ● Rothenbaumchaussee 15, Hinterhaus

Auf unserer Homepage könnt ihr Hinweise auf weitere interessante Veranstaltungen rund um den Tag der Befreiung am 8. Mai finden.

Am 10. Mai findet zum Jahrestag der Befreiung auch eine Demonstration in Berlin statt (13 Uhr Auftakt am Gendarmenmarkt, Demo zum Platz der Republik, dort eine Abschlusskundgebung bis 16 Uhr). Auf unseren letzten Sitzungen wurde darüber diskutiert, ob es angesichts der Politik der Bundesregierung nicht angemessen wäre, auch in Berlin, am Regierungssitz, unseren Protest laut werden zu lassen, und ob wir diese Demonstration nicht unterstützen sollten. In der von uns mitgetragenen Aktionsorientierung des Friedenswinters war eine solche Demonstration auch vorgesehen. Wir werden dies weiter diskutieren und uns auch an der Aktionskonferenz in Frankfurt/Main am 13.3. beteiligen. Unsere lokalen Aktivitäten begrenzen jedoch unsere Kraft für eine überregionale Demonstration.

Ob wir vor dem 8. Mai noch einen weiteren Rundbrief in Papierform verschicken können, steht zurzeit noch nicht fest. Insofern können wir euch für weitere Informationen erst mal nur auf unsere Internetseite und unseren E-Mail-Verteiler verweisen.

Wer sich stärker engagieren möchte, sei auf unsere nächsten Vorstandssitzungen mit Gästen hingewiesen, auf denen wir Inhalte und Formen unserer Aktionen diskutieren:

### **Dienstag, 17.3.15, 7.4.15, 5.5.15 ● 18.00 Uhr ● Curio-Haus ● Rothenbaumchaussee 15**

Wer eingeladen werden möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bitte bei uns – siehe unten auf Seite 1. Die Sitzungen finden jetzt regelmäßig am 1. und 3. Dienstag des Monats statt. Für die Sitzung am 21.4. steht der Raum noch nicht fest, bei Interesse fragt in den nächsten Tagen einmal nach.

Mit pazifistisch-antimilitaristischen Grüßen

*Markus Gunkel*

## **Hamburger Erklärung zum 8. Mai 2015**

### **8. Mai 1945 – Tag der Befreiung** **Chance für Frieden und Demokratie in Europa**

Am 8. Mai 1945 wurde nahezu ganz Europa von Faschismus und Krieg befreit. In Deutschland erlebten in erster Linie die überlebenden Verfolgten und Widerstandskämpfer\_innen diesen Tag als Befreiung. Aber auch wir alle, die wir heute leben, verdanken die Chance eines Lebens in Frieden, Freiheit und Vielfalt den Siegern des 8. Mai. Die alliierten Streitkräfte, unter denen die Rote Armee mit Abstand die größte Last des Krieges in Europa zu tragen hat-

te, sind und bleiben auch unsere Befreier. Mit besonderer Dankbarkeit erinnern wir an den Beitrag, den der deutsche antifaschistische Widerstand in Deutschland, in der Emigration, als Teil von Partisanenverbänden und in den Streitkräften der Anti-Hitler-Koalition geleistet hat.

Mehr als 55 Millionen Menschen fielen Nazi-Terror, Holocaust und Vernichtungskrieg zum Opfer. Sie bezahlten den deutschen Griff nach der Weltherrschaft mit unvorstellbarem Leid und ihrem Leben. Noch in den letzten zwei Wochen vor der Befreiung Hamburgs wurden 71 Männer und Frauen aus dem Konzentrationslager Fuhlsbüttel im KZ Neuengamme grausam ermordet. In der Schule Bullenhusen Damm, damals ein Außenlager des KZ

Neuengamme, erhängte am 20. April 1945 die SS 20 jüdische Kinder mit ihren vier Pflegern und 24 sowjetische Häftlinge. Weit über zehntausend Häftlinge des KZ Neuengamme verloren noch ihr Leben in sogenannten „Aufanglagern“, beim Untergang der „Cap Arcona“ in der Ostsee oder durch Tötungen während der Todesmärsche, auf die sie gezwungen wurden. Die deutsche Wirtschaft, allen voran Chemie- und Rüstungsindustrie und Banken, waren die Gewinner von „Arisierung“, Krieg und der Ausbeutung von KZ-Häftlingen und Zwangsarbeiter\_innen. Diese Gewinne bildeten eine wichtige Grundlage des „Wirtschaftswunders“ in der Bundesrepublik, während die Opfer um jede Mark Entschädigung kämpfen mussten und bis heute kämpfen müssen.

In nahezu allen ehemals von Nazi-Deutschland besetzten Ländern wurden der 8. und/oder 9. Mai gesetzliche Feiertage, das war auch in der DDR der Fall. Genau 40 Jahre hat es gedauert, bis ein Präsident der Bundesrepublik an einem 8. Mai von Befreiung gesprochen hat. Bis dahin hatte die Sicht der Nazis, der Deutsch-Nationalen, der „Frontkämpfer“, der Profiteure, Mitläufer und Zuschauer das offizielle Vokabular geprägt: Zusammenbruch, Kapitulation, Niederlage, Besatzer, Neubeginn. Mit Weizsäckers Rede wurde die Perspektive der Verfolgten des Nazi-Regimes „gesellschaftsfähig“.

**Wir fordern, dass der 8. Mai als Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg endlich auch in Deutschland ein gesetzlicher Feiertag wird.**

Wir wissen, dass die Früchte des 8. Mai stets gefährdet sind. Rassismus, Chauvinismus, Antisemitismus und Antiziganismus, Islamfeindlichkeit – alle möglichen Ideologien zur Begründung sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Ausgrenzung haben Konjunktur. Wir wissen, die soziale Spaltung der Gesellschaft hat ein Ausmaß erreicht, in dem die Angst vor dem Abstieg Anpassungsdruck und Ausgrenzungsbereitschaft erhöht. Wir erleben, dass Grundrechte immer weiter eingeschränkt werden. Wir sehen mit Sorge, wie unbarmherzig unsere Gesellschaft Flüchtlingen gegenübertritt und gewaltsame Übergriffe duldet. Zugleich wird antifaschistische Gegenwehr kriminalisiert. Der rasante Aufstieg neofaschistischer und rechtspopulistischer Kräfte in nahezu allen europäischen Ländern verlangt entschiedenen Widerstand.

Der Wiedereintritt Deutschlands in die Reihe der Krieg führenden Länder stellt einen Bruch mit dem Nachkriegskonsens „Es soll nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen“ als wichtigste Lehre aus der jüngeren deutschen Geschichte dar. In vielen Ländern der Welt, im Irak, in Syrien, in der Ukraine und in weiten Teilen Afrikas toben Kriege. Wieder sind deutsche Waffen – und oft auch deutsches Militär – beteiligt. Die Bereitschaft, „deutsche Interessen“ erneut mit militärischen Mitteln durchzusetzen ist in Regierung und Bundestag gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung wieder politische Praxis geworden. Gerade darum wollen wir den Tag zum Feiertag machen, den die Überlebenden als „Morgenröte der Menschheit“ erlebt haben, wie es der als Jude und Kommunist verfolgte Résistance-Kämpfer Peter Gingold ausgedrückt hat. Wir wollen am 8. Mai vor allem an die Hoffnung der

Befreiten auf eine Welt ohne Kriege, Elend und Unterdrückung erinnern und diese als Impuls nehmen, weiter an der Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit zu arbeiten, so wie es die befreiten Häftlinge von Buchenwald geschworen haben.

**In diesem Sinne rufen wir auf:  
Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!**

**Erstunterzeichner\_innen** (24. Januar 2015): VVN-BdA Hamburg, Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V., ver.di AntiRA, Deutscher Freidenker-Verband Landesverband Nord e.V., DKP Hamburg, Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal, Hamburger Bündnis gegen Rechts, Lese-Zeichen Hamburg, Initiative MIR, Barmbeker Initiative gegen Rechts, Bürgerinitiative Glinde gegen Rechts, AG Gedenken Bergedorf, Antifaschistisches Bündnis Bergedorf, Motorradclub Kuhle Wampe, AK Denk-Mal, Mechadasch Hamburg, DIE LINKE Landesverband Hamburg, Landesverein der Sinti in Hamburg e. V.

---

### Herrschaftszeiten

## Die ideologische Mobilmachung der Republik

Jens Wernicke im Bohémien am 9. Februar 2015

---

### Herrschaft und strategische Einbindung

In diesem „Klima der Angst“ haben sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in den letzten Jahren deutlich verschoben: Neoliberales Denken und der verordnete antimuslimische Rassismus haben sich in den Köpfen der Menschen verfangen und zeitigen ihre Wirkung inzwischen nicht zuletzt in Bezug auf die politische Aktion. So sind vor dem Hintergrund einer zunehmenden sozioökonomischen Spaltung und einer Außenpolitik, die sich mehr und mehr militarisiert, aktuell vor allem zwei soziale Bewegungen „von unten“ auszumachen, die beide jedoch umgehend auf eine „Strategie der Einbindung“ oder – wo dies nicht möglich war – der Dämonisierung und Diskreditierung von oben gestoßen sind: Da ist zum einen die verjüngte Friedensbewegung, die unter dem Label „Friedenswinter“ zu landesweiten Demonstrationen aufruft; und zum anderen die Pegida-Bewegung.

Erstere wurde in den letzten Wochen und Monaten dank einer massiven medialen Kampagne, die insbesondere über Medien mit progressivem Image gespielt wurde, öffentlich fast vollständig diskreditiert. Offenbar waren die Analysen und hieraus abgeleiteten Forderungen der Friedensbewegten so konträr zu den Interessen und Leitlinien des politmedialen Establishments, dass diese Bewegung als nicht einbindbar mit überwiegend unlauteren Mitteln in Grund und Boden geschrieben worden ist.

Aus der Forderung nach der Einhaltung des Völkerrechts überall auf der Welt, explizit auch hinsichtlich des Palästina-Konfliktes, wurde das Stigma des Antisemitismus konstruiert. Die Bereitschaft, auch jenseits linker Kreise offen für politisch unerfahrene Menschen zu sein, wurde zur Querfront-Strategie umgedeutet und die Bewegung somit in die Nähe von Nationalsozialismus und Faschismus gestellt. Aus dem Vorwurf, die NATO sei eine immense Bedrohung für den Frieden, wurden die Stigmata des Na-

---

tionalismus und Antiamerikanismus konstruiert. Und aus der wissenschaftlich längst belegten Feststellung, Politik und Medien im Land seien von Elitenetzwerken durchzogen, die hier gezielt eigenes Agenda-Setting betreiben, wurde das Stigma der Verschwörungstheoretiker konstruiert.

„Die sogenannte Friedensbewegung eint die Ablehnung der liberalen Gesellschaft“; sie fände ihren Nachwuchs unter „Rechtspopulisten, Nationalisten, Verschwörungstheoretikern und Antisemiten“, titelte zum Beispiel am 12. Dezember 2014 die vermeintlich linksliberale Frankfurter Rundschau und trieb damit den denkbar größten Keil in die politisch progressiven gesellschaftlichen Kreise im Land. Letztere schwören nun zunehmend ihrer eigenen politischen Wirkmacht ab, da sie keinesfalls mit „derlei“ in Verbindung gebracht werden und hierfür „mitverantwortlich“ sein wollen.

Ähnlich und dennoch anders wird mit der Protestbewegung Pegida in Dresden, die teilweise bis zu 20.000 Menschen mobilisierte, verfahren: In den Medien fast ausschließlich thematisiert wird der offen sichtbare, antimuslimische Rassismus vieler Teilnehmer. Nicht thematisiert hingegen werden all jene Äußerungen, die auf eine soziale Motivation der Demonstranten hinweisen.

Pegida wird politisch instrumentalisiert: Den über Jahre herbeigeschriebenen und für „Anti-Terrorgesetze“ instrumentalisierten Rassismus thematisiert man, hier ist man „gesprächsbereit“, gegebenenfalls sogar willens, noch härtere Asyl- und Einwanderungsgesetze zu verabschieden. Die soziale Not hingegen, für welche dieser Rassismus auch und vor allem Katalysator ist und wohl auch sein soll, thematisiert man hingegen nicht. Dieses Herangehen kritisierte unlängst auch der Politologe Werner J. Patzelt:

„Was als Fremdenfeindlichkeit daherkommt, entpuppt sich als sozialer Konflikt. Bei ihm steht die auf ihre Bildung und Humanität stolze Oberschicht gegen das einfache Volk, das sich anscheinend lümmelhaft aufführt und deshalb Zurechtweisung und Belehrung seitens der besseren Kreise verdient.“

Pegida nun einfach als „faschistisch“ oder anderes abzutun (oder gar ausschließlich den hier verbreiteten Rassismus zum Motor parlamentarisch-politischer Aktion zu erklären), käme nicht nur – wie auch beim Friedenswinter – einer „semantischen Enteignung“ der Unteren durch die Oberen gleich. Es forcierte auch und vor allem weiter die gesellschaftliche Spirale aus ideologischer Propaganda, xenophober Angst und – die Herrschaftsverhältnisse schützender – strategischer Einbindung alles „Verwertbaren“ bei zugleich vollständiger Dämonisierung und Tabuisierung dessen, was aktuell wohl dringender denn je notwendig ist: Sozial-, Rassismus- und Kapitalismuskritik.

Inzwischen aber rangiert „Systemkritik“ selbst bereits unter den Stigmata von Antisemitismus und Verschwörungstheorie. Keine guten Zeiten also für sozial-emanzipatorische, aufklärerische Agitation. Gute Zeiten hingegen für einen Artikel zum Thema Herrschaftskritik in vermeintlich herrschaftsfreier Zeit.

*Jens Wernicke, Jahrgang 1977, ist bildungspolitischer Referent beim Landesverband Hessen der Gewerkschaft Er-*

*ziehung und Wissenschaft (GEW) und nebenher als [Blogger](#) und politischer Journalist – unter anderem für die [NachDenkSeiten](#) – tätig.*

Quelle: <http://le-bohemien.net/2015/02/09/die-ideologische-mobilisierung-der-republik/4/> (zuletzt abgerufen am 3.3.2015)

## Vom Westen befreit (IV)

Meldung des Nachrichtendienstes German Foreign Policy vom 20. Februar 2015 (<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59059>) (gekürzt)

[...] Die ökonomische, soziale und politische Katastrophe im Kosovo ist das Resultat der angeblichen „Befreiung“ der serbischen Provinz durch Berlin und den Westen: Die Bundesrepublik hat den Kosovo-Krieg und die Sezession des Gebiets energisch forciert und die westlichen Besatzungsmaßnahmen an der Spitze der KFOR sowie der UNMIK wie kein anderes Land geprägt.

[...] Die Machtstrukturen in Priština (sind) aufs Engste mit der Mafia verwoben, seit die Terrororganisation UÇK sich im Kosovo-Krieg entscheidenden Einfluss in der südserbischen Provinz sichern konnte. [...] Die Machenschaften krimineller Banden und die Korruption trieben viele Menschen nun in Verbindung mit der krassen Armut aus dem Land. [...] Bonn hatte im Rahmen seiner Bestrebungen, Jugoslawien zu zerschlagen, bereits lange vor dem Kosovo-Krieg des Jahres 1999 Beziehungen zum kosovarischen Separatismus entwickelt – selbst zu dessen terroristischer Variante. [...] Mit dem Überfall der NATO auf Jugoslawien am 24. März 1999 trat Deutschland auf Seiten der UÇK offen in den Krieg gegen Belgrad ein. Ergebnis waren die Besetzung des Kosovo durch die NATO [...] und die Unterstellung der serbischen Provinz unter UN-Verwaltung [...].

Was Krieg, Besatzung und illegale Abspaltung der kosovarischen Bevölkerung gebracht haben, die Anfang 2008 die Sezession in nationalistischem Taumel noch enthusiastisch feierte – unter anderem unter dem Slogan „Danke, Deutschland!“ –, dokumentieren nun die katastrophale wirtschaftliche, soziale und politische Zerrüttung des Gebiets sowie die aus ihr resultierende aktuelle Massenflucht. [...]

Tatsächlich hat die illegale Abspaltung des Kosovo, die bis heute nur von rund der Hälfte der UNO-Mitglieder anerkannt wird [...], Berlin und dem Westen erhebliche geostrategische Vorteile gebracht. Serbien, ein traditioneller Widerpart der deutschen Südosteuropapolitik, ist durch den faktischen Verlust seiner Südprovinz deutlich geschwächt worden. Damit zugleich hat auch Belgrads traditioneller Verbündeter Russland in der Region einen schweren Rückschlag erlitten. Geostrategische Motive leiteten die humanitär verbräunte deutsche Aggressionspolitik im Kosovo – wie heute in der Ukraine und in anderen Zielgebieten westlicher Interventionen. Die Bedeutung, die Berlin humanitären Problemen tatsächlich beimisst, zeigt sich derzeit am nicht existenten deutschen Interesse an den desolaten Verhältnissen im Kosovo und am Umgang mit dessen Flüchtlingen.